



rote blätter extra

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS Okt. 73

Gemeinsame

Kampffront

wird stärker!

Spartakus an den Fachhochschulen

Seit 1968 hat es an den Ingenieur- bzw. Höheren Fachschulen und später den Fachhochschulen (FHS) kein Semester gegeben, in dem die Studenten nicht gegen die verschiedensten Auswirkungen des Bildungsnotstands, gegen die US-Aggression in Vietnam, für die Ratifizierung der Verträge von Warschau und Moskau protestiert, gestreikt und demonstriert haben. Viele Aktionen hatten überregionalen, häufig sogar bundesweiten Charakter und erfaßten ztausende Studenten. Die ersten umfangreichen Angriffe auf die verfaßte Studentenschaft und das Ord-

haben. Die Studentenbewegung hat in den letzten Semestern einen bisher nicht gekannten Grad an Einheitlichkeit erreicht. Vor allem der Kampf gegen die reaktionären Länderhochschulgesetze zeichnete sich aus durch die Aktionseinheit der Studenten aller Hochschultypen, der Einbeziehung fortschrittlicher Professoren, Assistenten und der Gewerkschaften. Aus diesen Kämpfen

Rettet Luis Corvalan! Stoppt die Henker!



Die faschistische Henker-Junta in Chile will den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, den gewählten Senator der Republik Chile, Luis Corvalan, nach einem Geheim-Prozeß ermorden! Ermorden wie Salvador Allende, ermorden wie schon 20 000 chilenische Patrioten — zur Sicherung des Profits der ITT und Kennecott Copper. Aber die demokratische Weltöffentlichkeit kämpft mit den Kommunisten, Sozialisten und anderen Demokraten Chiles. Die Jugendverbände Europas haben den Oktober zum Monat der Solidarität mit dem chilenischen Volk erklärt. Wir rufen auf zur gemeinsamen Aktion aller Demokraten der BRD für die Verteidigung des Lebens und die Befreiung des Genossen Luis Corvalan und aller eingekerkerten Patrioten Chiles!

Jede Hochschule ein Zentrum der Solidarität

nungsrecht konnten abgewehrt werden. Die Verträge von Moskau und Warschau, das Pariser Vietnam-Abkommen sind ebenfalls Erfolge, zu deren Durchsetzung die westdeutsche Studentenbewegung nicht unwe sentlich beigetragen hat. Häufig genug aber hatten die Kämpfe trotz des Aufschwungs nicht die gewünschten Erfolge gebracht, oft schlug die anfängliche spontane Begeisterung bei vielen Studenten in Resignation um und es wurde oft schwierig, nach einem kampfbetonten Semester, das nur minimale Teilerfolge brachte, die Studenten erneut auf den Plan zu rufen, um wenigstens die Tellerfolge zu verteidigen. Die Angriffe verschiedenster ultrarechter und auch sich ultralinks drapierender Gruppen auf linke Studentengruppen tat ein Übriges zur Enttäuschung und Resignation. Die Frage stellt und stellt sich akut: Wie den Kampf führen?

Zunächst waren es nur wenige Studenten, die aus den spontanen Bewegungen heraus versuchten, die Ursachen von Mißerfolgen zu ergründen und begannen, sich kontinuierlich und organisiert für demokratische Veränderungen einzusetzen. Die Erfahrungen der ersten Kämpfe an den Hochschulen haben schon erkennen lassen, daß der isolierte, noch nicht einmal einheitliche Protest der Studenten nicht ausreichte, um grundlegende demokratische Zugeständnisse zu erringen. Den Herrschenden war es ein leichtes, über ihr Meinungsmonopol, allen voran die Springerpresse, die berechtigten Forderungen der Studenten zu diffamieren, einen Keil zwischen Studenten und arbeitender Bevölkerung zu treiben und Teile der fortschrittlichen Studentenbewegung gar zu kriminalisieren. Mit brutalen Polizeieinsätzen, mit der Verfolgung von „Rädelsführern“, mit Relegationen und Berufsverboten wurde allerdings das gewünschte Ziel, die Liquidierung der demokratischen Studentenbewegung, nicht erreicht. Immer mehr Studenten ziehen aus der Einsicht in den elementaren Widerspruch zwischen ihren Interessen und denen des Monopolkapitals die Konsequenz, daß man gegen einen organisierten Gegner nur organisiert kämpfen kann, und es gibt trotz aller Mißerfolge und Rückschläge immer wieder Situationen, in denen die Mehrheit der Studenten aktiv wird. Der Kampf gegen die RPOs, die LHGs in den letzten Semestern und die Solidaritätsbewegung mit Chile sind der beste Beweis dafür.

Im Gegensatz zu mannigfältigen Tot saggungen durch die bürgerliche Presse hat sich die Studentenbewegung in den letzten Semestern weiter entwickelt, sowohl was die Breite als auch die Qualität betrifft. Der früher häufig isoliert geführte und ständische, auf Erhaltung von Privilegien orientierte Kampf

weicht in zunehmendem Maße solchen Kampfformen, die die Masse der Studenten einbeziehen, die das gemeinsame Interesse von Studenten und arbeitender Bevölkerung an einer demokratischen Bildung und Ausbildung betonen und das Bündnis mit allen fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften, den Arbeitern und deren Organisationen. Wesentlicher Ausdruck der Verbreiterung der Bewegung ist nicht zuletzt die Tatsache, daß in den letzten Semestern Fachhochschulstudenten, die der antiautoritären Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre sehr distanziert gegenüberstanden, sich nicht nur in die Kampffront eingereiht haben, sondern häufig selbst initiativ geworden sind und einen unverkennbaren Beitrag auch auf den Charakter der Kämpfe geleistet

entstand und entwickelte sich der MSB SPARTAKUS, der heute an über 80 Hoch- und Fachhochschulen mit Gruppen vertreten ist, meistens mit dem SHB zusammen an vielen Hochschulen den Asta stellt und ebenfalls im Bündnis mit dem SHB im vds über die Mehrheit verfügt. Der MSB SPARTAKUS hat an Bedeutung gewonnen, weil er die Ursachen des Bildungsnotstands auf seine Wurzeln hin untersucht, die Alternativen aufzeigt und initierend und richtungsweisend in der Studentenbewegung wirkt.

Ausdruck der gewachsenen Stärke des MSB war der 2. Bundeskongreß im Februar in Hamburg. Auf diesem Kongreß wurde nach wochenlanger Diskussion in der Studentenschaft ein Studentenaktionsprogramm verabschiedet, das erstmalig in diesem Umfang die Aktionen und Erfahrungen der fortschrittlichen Studentenbewegung reflektierend, Orientierungshilfe im Massenkampf der Studenten sein wird; eine Orientierungshilfe mit der Aufforderung, jede Aussage anhand der Lage der jeweiligen Hoch- und Fachhochschule zu prüfen, die Forderungen für die jeweiligen Fachbereiche und Seminare zu konkretisieren und sie in der Praxis gemeinsam zu erkämpfen. In diesem Studentenaktionsprogramm wird die Situation der Studenten im gesamt gesellschaftlichen Kontext analysiert und die Ziele und möglichen Schritte der demokratischen Studentenbewegung klar formuliert.

Die Bedingungen an den Fachhochschulen

Selbst in den Ländern, wo die verfaßte Studentenschaft an den Fachhochschulen zerschlagen wurde, konnten die Studenten nicht daran gehindert werden, den Kampf für ihre Interessen verstärkt fortzusetzen.

Der Aufschwung der Massenkämpfe fiel zeitlich zusammen mit der Ingenieurschulreform, die exemplarisch für die gesamte Studienreform die Fortschreibung des Bildungsnotstands manifestiert. Die Fachhochschulen wurden zum Auffangbecken der Abiturientenlawine, die durch Zulassungsbeschränkungen von den Universitäten ferngehalten wurden. An den Fachhochschu-

len werden nun in sechssemestrigen Kurzstudiengängen fern jeder wissenschaftlichen Qualifizierung „Rezeptionsanwender“ herangezüchtet, die mit einem Minimum an Aufwand im späteren Beruf größtmöglichen Profit abwerfen sollen. Ein Studienplatz an der Fachhochschule kostet nur ungefähr ein Viertel des entsprechenden Studienplatzes an der Universität.

Sinnvolles Studieren verlangt umfangreichen Ausbau der Hochschulen, die Versorgung mit modernen Arbeitsmitteln, die umfangreiche Schaffung von neuen Planstellen für Hochschullehrer und nicht zuletzt Verbesserung der so-

Freiheit für Chile!

zialen Versorgung der Studenten. Dem demagogischen Gerede vom fehlenden Geld in den öffentlichen Haushalten halten wir entgegen: Millionäre und Großaktionäre werden von der Regierung mit Steuergeschenken und Subventionen bedacht, der Rüstungshaushalt steigt ins Unermeßliche. Wir fordern die Senkung der Rüstungslasten und höhere Besteuerung der Konzernherren. Das Geld muß daher kommen, wo es ist. Es darf nicht länger das Profitinteresse der Rüstungshäie und Finanzmagnaten die Studienreform bestimmen. Der zunehmenden Einsicht in den Zusammenhang von Bildungsnotstand und kapitalistischer Wirtschaft begegnen die Herrschenden mit verschärften Unterdrückungsmaßnahmen, mit dem Neuaufguß reaktionärer antikommunistischer Ideologie und dem Abbau demokratischer Rechte. Mit der Errichtung von Bundeswehrhochschulen, dem Wehrkundeunterricht und dem Festhalten an reaktionären Lehrinhalten soll die Perspektivlosigkeit der bürgerlichen Ideologie wieder wettgemacht werden. Zur Vervollständigung der Herrschaftssicherung muß der fortschrittlichen Bewegung die Spitze genommen werden. Die bundesweite Aushöhlung der verfaßten Studentenschaft, die Mitbestimmungsverurteilung durch das Bundesverfassungsgericht, die neuerliche Offensive mit den Berufsverboten, die Gesinnungsschnüffelei, der Rausschmiß hunderter Betriebsjugendsprecher und Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter bilden die taktische Variante der umfassenden Strategie und Niederhaltung der demokratischen Bewegung.

Gegen reaktionäre, gewerkschaftsfeindliche und antikommunistische Lehrinhalte fordern wir Studieninhalte, die sich von der Qualifikation her bestimmen, die für eine Berufspraxis im Interesse der Arbeiterklasse notwendig ist. Hierbei spielt die Berufung marxistischer Wissenschaftler eine zentrale Rolle. Die Vermittlung umfassender wissenschaftlicher Qualifikation, die Vermittlung von Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft, die Vermittlung gesellschaftlicher Widersprüche können wir nicht von solchen Pseudo-

wissenschaftlern erwarten, die nichts anderes im Schilde führen als die Postulierung der Wertfreiheit der Wissenschaft oder gar solchen, die offen Antikommunismus und Revanchismus predigen. Der Kampf für demokratische Studieninhalte zielt auf die wissenschaftlichen Qualifizierung für eine demokratisch verändernde Praxis, die die Organisierung der eigenen Interessen einschließt.

Fortsetzung S. 2

Erfolg vor Gericht

Die gewerkschaftlich orientierten (g.o.) Asten im SVI hatten mit der einstweiligen Verfügung gegen die satzungswidrige Kopplung der Stimmenvergabe aus der SVI-MV im April mit den bezahlten Beiträgen Erfolg. Das Amtsgericht Köln entschied, daß dieses Verfahren in Widerspruch zur Satzung steht. Der gegenwärtige linkssektiererische Bundesvorstand des SVI beharrt auf dem Beitragsverfahren, weil sich sonst die Mehrheitsverhältnisse möglicherweise entscheidend zu seinen Ungunsten verändert hätten. Die g.o.-Asten lehnen die Kopplung der Stimmen an die bezahlten Beiträge deshalb ab, weil die Studentenschaften, deren Beitragshoheit durch die Schulverwaltungen bzw. Ministerien eingeschränkt wurde, sonst keine Möglichkeiten hätten, in ihrem Dachverband mitzubestimmen.

Mit der Entscheidung des Gerichts sind endlich den linkssektiererischen Gruppen, die seit mehreren Semestern den Bundesvorstand stellen, die Möglichkeiten genommen, mit Berufung auf Rechtmäßigkeit demokratische Meinungs- und Willensbildungsprozesse zu behindern.

Kaum einer hatte an Erfolg geglaubt

„Es ist nicht möglich, den Vorlesungsbetrieb über das ganze Semester zu garantieren.“ Mit diesem Satz charakterisierte selbst ein Dozent vor über 200 Studenten die Situation an der Fachhochschule für Sozialwesen Mannheim. Und das war die Situation: Schon seit mehreren Semestern verwelkert das Kumist von Ba./WU. die Einstellung von Dozenten. Für 540 Studenten stehen ganze 8 hauptamtliche Dozenten zur Verfügung. Bis zu 50 Prozent der Vorlesungen fallen aus. Es fehlen Vorlesungsräume. Teilweise werden Vorlesungen kurzfristig in Gängen durchgeführt. Gruppenarbeit fand häufig in Kneipen und in Privatwohnungen statt. Die materielle Situation der Studenten verschärft sich immer mehr. Trotz steigender Preise für Zimmer, Lebensmittel, Straßenbahnkarten usw. werden die BaFöG-Förderungssätze, die eh nur ein Teil der Studenten bekommt, nicht erhöht. Es gibt weder Lernmittelfreiheit noch gab es eine Bibliothek, in der die teuren Fachbücher ausgeliehen werden konnten. An eine Mensa oder ein Studentenwohnheim ist nicht zu denken. Die Konsequenz aus dem katastrophalen Dozenten- und Raummangel war und ist der Numerus clausus. Von über 500 Studentenbewerbern wurden ganze 90 immatrikuliert. Der Studienplatz für die 60 Kommilitonen des Vorsemesters, die zum WS 73/74 ihre Abschlußprüfung für ein Studium an der FH machen, ist bedroht. Damit soll der 2. Bildungsweg abgesägt werden.

Diese materielle Bildungsmisere wird zum größten Teil damit begründet, daß es angeblich den öffentlichen Haushalten am Geld fehle. „Doch nicht in irgend einer „öffentlichen Armut“ liegt die Wurzel für die Bildungsmisere, sondern in der Priorität von Rüstung und Profit dieses Systems“, heißt es im Programm für das Gemeinsame Handeln der Studenten.

Während in Baden-Württemberg z. B. rund 1 Million DM für revanchistische Propaganda, 2 Millionen DM für Sportpferdezucht ausgegeben werden, werden gleichzeitig die Fachhochschulen durch finanzielle „Zurückhaltung“ planmäßig ins Chaos getrieben.

Wir mußten nun, aus diesen tatsächlichen, für die Masse der Studenten konkret erfahrbaren Mißständen und Konflikten heraus, Forderungen und Bewegungen entwickeln, die die Durchsetzung realer Teilerfolge anstreben. Dabei herrschte bei einem Teil der Studenten und auch bei einigen Genossen eine gewisse Skepsis über die Durchführbarkeit einer Kampagne gegen den materiellen Bildungsnotstand.



Können wir die Masse der Studenten mobilisieren? Können wir als relativ kleine Fachhochschule überhaupt was erreichen? Wenn ja, was?

Diese Skepsis spiegelte die richtige Erkenntnis wider, daß die Studenten ohne

das Bündnis mit der Arbeiterklasse ihre Interessen nicht durchsetzen können. Es ist unsere Aufgabe, wie auf dem 2. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS formuliert wurde, dafür zu arbeiten, daß „die Aktionen der Studenten von dem Ziel bestimmt sind, die Gleichgerichtetheit der Interessen aufzuzeigen, Verständnis und Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung für die Forderungen der fortschrittlichen Studenten zu wecken“.

Von dieser Erkenntnis ließen wir uns bei der Entwicklung unseres Forderungskatalogs leiten:

- Sofortige Einstellung der für das WS 73/74 vorgesehenen 10 hauptamtlichen Dozenten!
- Anmietung neuer Räume zum kurzfristigen Abbau der Raumnot! über längerfristige Forderungen wie:
- Genehmigung von weiteren 23 Planstellen!
- Ausbau der Fachhochschule!
- Weg mit dem NC! Sicherung des 2. Bildungsweges! Arbeiterkinder an die FH!
- Kostendeckende Ausbildungsförderung! bis hin zu Fragen der Bildungsfinanzierung, wo Forderungen wie
- Erhöhte Konzernbesteuerung!
- Senkung der Rüstungslasten!
- Stoppen der Bodenspekulation!

Über Info-Tische und mit einem Flugblatt, das in einer Auflage von 10 000 in Mannheim verteilt wurde, informierten die Studenten die Bevölkerung über die Situation an der Fachhochschule und im gesamten Bildungsbereich. In dem Flugblatt an die Mannheimer Bevölkerung heißt es: „Die Bildungseuphorie der im Bundestag vertretenen Parteien ist verflogen. Die bildungspolitischen Vorstellungen der rechten SPD-Führung haben sich weitgehend der CDU/CSU angenähert. Was jetzt noch an „Reformen“ bleibt, heißt nichts weiter als: bessere Verwaltung des Notstandes, heißt verschärzte Zulassungsbeschränkungen, heißt Aufsicht des Staates und Polizeieingriffe an den Hoch- und Fachhochschulen, heißt Ordnungsrecht.“

Die Situation an den Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Gym-

diger Ungewißheit über die Ausbildungschancen unserer Kinder.“

Wir informierten weiter über die Situation an der Fachhochschule und begründeten unsere Forderungen.

Kaum ein Student hat geglaubt, daß diese Aktion auf so viel Interesse und Verständnis bei der Bevölkerung stoßen wird. In Diskussionen konnte vielen interessierten Bürgern der Kampf der Studenten gegen den Bildungsnotstand verständlich gemacht werden.

Den vorläufigen Abschluß der Kampagne bildete eine Podiumsdiskussion über den Bildungsnotstand. Anwesend waren Vertreter der DKP, SPD, vds, SVI. Die eingeladenen Vertreter von CDU, FDP, Kumist, aber auch der Gewerkschaften, glänzten durch Abwesenheit. Bei der Podiumsdiskussion wurde den anwesenden Studenten deutlich, daß als einzige Partei die DKP voll und ganz den Kampf der Studenten gegen den Bildungsnotstand unterstützt.

Die Kampagne gegen die materielle Studienmisere kann als Erfolg gewertet werden, weil die Studenten gemeinsam für ihre Interessen aktiv wurden. Weil sie die gemeinsamen Interessen von arbeitender Bevölkerung und Studenten zum Ziel hatten und diese gemeinsamen Interessen durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit publiziert wurden.



nasien sieht nicht anders aus. Bei 170 000 fehlenden Lehrern ist der Unterrichtsausfall zur Regel geworden. Schulraumnot, fehlende Lehrmittel, überfüllte Klassen ergänzen die katastrophale Situation.

Eine der wissenschaftlich-technischen Entwicklung angemessene Berufsausbildung für Lehrlinge findet nicht statt. Lehrzeit ist immer noch Zeit zum Straßenfege und Brötchenholen.

Von diesem Bildungsnotstand sind wir alle betroffen, denn wir leben in stän-



Allendes letzte Worte

Ich vertraue in Chile und in seine Zukunft. Andere Männer werden diesen grauen und bitteren Augenblick, da der Verrat sich ausbreiten will, überwinden. Ihr sollt wissen, daß sich früher oder später die breiten Alleen öffnen werden, durch die der freie Mensch geht, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Werktätigen!

Weltweite Solidarität mit dem chilenischen Volk

Stoppt die Putschgenerale!

Freiheit für Chile!

— Der Schweizer „Tagesanzeiger“ veröffentlichte diesen Korrespondentenbericht: „Nicht nur aktive Widerstandskämpfer, sondern auch gewöhnliche Bewohner der traditionell linksgerichteten Arbeiterviertel, die den Truppen in die Hände gefallen sind, werden ebenso systematisch gefoltert. Man füsiliert den Gegner einzeln oder scharenweise, man vergewaltigt Frauen, Gefangene wer-

ein Militärauto, und ein Offizier bat ein Kind, den Mann zu rufen. Bei dessen Erscheinen in Begleitung seiner Frau und seinen acht Kindern erschoß ihn der Offizier auf offener Straße. Der Körper wurde in den Wagen geworfen, in dem sich schon mehrere andere befanden.“

— Presseberichten zufolge werden 200 Studenten bei der Verteidigung der



den „auf der Flucht erschossen.“

— Der Londoner „Morning Star“ gibt die Schilderung des venezolanischen Journalisten Pablo Antillano wider: „Jede Nacht hörten wir die Schreie der Arbeiter, die an der Osttribüne des Nationalstadions von Santiago erschossen wurden. Die Blutlachen wurden am folgenden Tag mit einem Schlauch weggespült. Jeden Tag sahen die Beobachter einen Haufen von Schuhen, die den Opfern der vorhergehenden Nacht gehörten.“

— Der kanadische Priester Latulippe berichtete: „In der Nähe einer meiner Freunde wohnte der Vorsitzende eines Komitees, das für die Verteilung von Nahrungsmitteln verantwortlich war. Eines Tages erschien

Technischen Hochschule von Santiago gegen die Putschisten mit Maschinengewehren niedergemetzelt.“

— Die Zahl der ermordeten Arbeiter, Bauern und Studenten wird auf über 20 000 geschätzt.

Diese Berichte werfen ein Licht auf den unglaublichen Vandalismus, mit dem die faschistischen Putschisten gegen das chilenische Volk und seine rechtmäßige Regierung, die Unidad Popular vorgehen. Getreu der Devise Hitlers: „Je grausamer, desto humaner“, schießen die Schergen der chilenischen Bourgeoisie alles zusammen, was auch nur potentiell als Gegner in Betracht kommt. Und es sind nicht nur die chilenischen Latifundistas und Großkapitalisten, die den Verfassungsbruch und

Massenmord lanciert haben, die Beteiligung des amerikanischen Geheimdienstes — wie sollte es anders sein — ist unverkennbar, ganz abgesehen von der unverhohlenen Sympathie des westdeutschen Monopolkapitals und seiner reaktionären Presse für die Putschisten. Das US-Pentagon war mindestens 48 Stunden vor dem Putsch informiert, US-Kriegsschiffe patrouillierten vor der chilenischen Küste, nach Berichten bürgerlicher Studenten, die in Chile in der Emigration lebten, sollen Panzer-Einheiten der US-Army unmittelbar am Terror beteiligt sein. Die westdeutsche Presse, allen voran die FAZ und Springers Welt und Bild bemühen sich nicht nur, den Terror zu verniedlichen und zu rechtfertigen, sie drohen gar allen im eigenen Land ähnliches an, die sich mit dem Kampf des chilenischen Volkes solidarisieren. Im CDU-Organ „Deutsches Monatsblatt“ 9/73 konnte man nach dem Putsch u. a. lesen: „Salvador Allende wollte als Marxist mit legalen demokratischen Mitteln eine bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zum Sozialismus hin verändern. Sein klägliches Scheitern dient als Lehrstück für jene Verkünder eines demokratischen Sozialismus hierzulande, deren prominenter Kronzeuge Bundeskanzler Willy Brandt ist.“ Was hat es nun auf sich mit den Behauptungen, „Schuld am wirtschaftlichen und politischen Chaos“ hätte Allendes „sozialistische Politik“: Halten wir fest:

Während der dreijährigen Amtszeit der Regierung Allende —

- steigen die Löhne der chilenischen Arbeiter um 35 Prozent,
- wird zum erstenmal in der Geschichte des Landes ein umfassendes Gesundheitswesen aufgebaut,
- sinkt die Kindersterblichkeit um 20 Prozent,
- verringert sich die Arbeitslosigkeit von 8,8 auf 3,7 Prozent, erhöht sich das Bruttonsozialprodukt um 15 Prozent.

Um was es in Chile geht, ist offenkundig. Es geht um die Zerschlagung einer fortschrittlichen sozialen Regierung, die im Begriff war, die Voraussetzungen für die endgültige Brechung der Herrschaft

des Monopolkapitals zu schaffen, die Schluss gemacht hat mit der Ausplünderei der nationalen Reichtümer durch die US-Monopole und der Ausbeutung des Volkes, die im Begriff war, dem Volk alles zu geben, was ihm gehört. Es geht dem internationalen Monopolkapital und seiner faschistischen Kamerilla in Chile darum, die alten Ausbeutungsverhältnisse wieder herzustellen. Das schlagartige Steigen der Kupferpreise an der Londoner Börse, mit den ersten

lichen Lebens, an alle Menschen, die guten Willens sind, ihre ganze Autorität einzusetzen, um dem Mordterror gegen die chilenischen Demokraten und Patrioten durch eine Flut von Protesten, durch Entsendung von Delegationen und andere Maßnahmen Einhalt zu gebieten.

Der beste Beitrag, den wir zur Unterstützung des chilenischen Volkes leisten können, neben der politischen und materiellen Solidarität, ist der Kampf gegen die Freunde der Putschisten im eigenen Lande, das Monopolkapital und seine Parteien. Es sind ein und dieselben Kräfte, die in Chile wieder Quellen zur Steigerung ihrer Profite sehen und im eigenen Land mit Berufsverboten, Verbotsdrohungen gegen fortschrittliche Organisationen, mit Rausschmissen aktiver Gewerkschafter aus den Betrieben, jegliche kritische Regung gegen die Herrschaft der Monopole unterdrücken wollen.

Wir fordern von der Bundesregierung:
1. Eine klare Verurteilung des Putsches und die Benennung seiner Hintermänner!

2. Eine eindeutige Stellungnahme für die rechtmäßige Regierung der Unidad Popular, ihre uneingeschränkte materielle und politische Unterstützung!
3. Keine Anerkennung der Junta; wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen die Putschisten!
4. Die Verurteilung jeglicher Versuche seitens der USA, zugunsten der Reaktion zu intervenieren!
5. Stellungnahme und Initiativen gegen die Massenerschießungen.

Unterstützt alle Solidaritätsaktionen sowohl politisch als auch materiell. Nicht zuletzt von der Breite der Solidarität in der BRD wird es abhängen, ob die Faschisten in Chile vorübergehend ihre Terrorherrschaft konsolidieren können oder ob das chilenische Volk endgültig siegen wird.

Freiheit für Genossen Luis Corvalan, für alle Anhänger der Unidad Popular, für alle chilenischen Patrioten!

Spendet!

Anteilnehmer Solidaritätskomitee, Sonderkonto Erich Wulff, PschA Frankfurt 5270 55-602.

Kennwort:

Chile-Solidarität

Demokratische Ausbildungsziele

Fachhochschule für Wirtschaft der Weg zum Topmanager?

An der Fachhochschule wird uns täglich das Märchen vom unaufhaltbaren Aufstieg der graduierten Betriebswirte zu den höchsten Manager-Positionen erzählt.

Wie sieht es aber wirklich aus?

Schon 1969 wurde festgestellt (in: Blätter für Berufskunde, „Der Betriebswirt, grad.“, Bielefeld 1969, S. 59), daß über 60 Prozent der Betriebswirte Sachbearbeiterfunktionen oder Spezialistenpositionen in Stabsstellen besetzen.

In einem Artikel der „analysen“ (Zeitschrift der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 2/73, S. 8, Nürnberg) beklagen junge Akademiker ihre Stellung im Betrieb:

- sie tragen im Prinzip keine Verantwortung,
- über Aufstieg und Erfolg entscheidet mehr das Glück als das Können,
- wer sich nicht allen Wünschen der Geschäftsleitung beugt, hat keine Chance, einmal aufzusteigen,
- wer sich nicht anpaßt, verbleibt auf einer Gehaltsstufe, kann sich nicht weiterqualifizieren und gerät in Gefahr, rausgeschmissen zu werden.

Diese Unzufriedenheit der Betriebswirte mit ihrer betrieblichen Stellung wird durch eine zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit noch verstärkt. Wird ein Spezialist nicht mehr gebraucht, wird ihm gekündigt; bringt das Unternehmen mal nicht genügend Profit, werden in zunehmendem Maße auch Betriebswirte rausgeschmissen oder auf eine geringer bezahlte Stelle versetzt. Gegen solche Unternehmerwillkür kann man nur gemeinsam mit der Arbeiterklasse in der Gewerkschaft kämpfen! Der Arbeiterklasse ist es zudem nicht gleichgültig, wie sich das untere und mittlere Management in betrieblichen Auseinandersetzungen verhält.

Betrachten die Betriebswirte den Arbeiter nur als Kostenfaktor, der mit Hilfe von ausgeklügelten Arbeitsbewertungssystemen minimiert werden kann, oder haben sie gelernt, das Interesse der Arbeiterklasse an einer Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen mit zu berücksichtigen.

Die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß Betriebswirte ausgebildet werden, die die sozialen und politischen Folgen ihrer Arbeit im Betrieb auch betrachten.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine demokratische Ausbildung für alle Wirtschaftswissenschaftler notwendig! Deshalb fordern wir für das wirtschaftswissenschaftliche Studium:

- ein Studium der VWL, das den historischen Bezug der Theorie in Zusammenhang mit der Veränderung der wirtschaftlichen Realität einschließt und die gesellschaftswissenschaftlichen Prämissen dieser Theorien (z. B. „homo oeconomicus“) aufdeckt. Insbesondere müssen gewerkschaftsfeindliche und demagogische Inhalte wie z. B. die Ideologie der „Lohn-Preis-Spirale“ zurückgedrängt werden;
- die Praxis des wirtschaftlichen Aufbaus in den sozialistischen Staaten muß unverfälscht dargestellt werden;
- die ökonomischen Bedingungen eines nichtkapitalistischen Weges müssen



— wirtschaftspolitische Rezepte dürfen nicht von den sozialen und politischen Folgen ihrer Anwendung isoliert betrachtet werden;

— die Betriebswirtschaftslehre muß reflektieren, daß die Tätigkeit der Menschen im Betrieb ihre gesamte soziale Situation entscheidend prägt. Rationalisierungsmethoden mit sozialen Härten für die Arbeiter dürfen nicht als wundersames Geldgeschenk für den Kapitalisten betrachtet werden, sondern als das, was sie sind: Praktiken zur Erzielung von Profit;

zum Gegenstand des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums werden.

„In kaum einer Fachrichtung steht die Einbeziehung der marxistischen Theorie so unmittelbar auf der Tagesordnung, wie in den Wirtschaftswissenschaften: Nicht nur, daß verschiedene Erkenntnisse von Marx Jahrzehnte später von bürgerlichen Ökonomen — wenn auch verzerrt — neu „entdeckt“ wurden (z. B. der Krisenzyklus oder die Reproduktionsschemata); die bürgerliche Ökonomie ist in all ihren Bereichen mit den Alternativen des Marxismus direkt konfrontiert, muß sich mit ihnen auseinandersetzen. Doch nur auf der Ebene der Verfälschung setzt sich die

Die Mehrzahl der Ingenieure glaubt auch heute noch, in die Spitze der Betriebshierarchie aufsteigen zu können, was de facto aber nur einem kleinen Prozentsatz möglich ist. Die Illusionen über die eigene soziale Lage läßt sie leicht zu Opfern der materiellen und geistigen Korrumperung durch das Kapital werden. Verhindert wird so ein solidarisches Handeln untereinander sowie zwischen ihnen und anderen An-

Arbeitsplatz zu wechseln, ohne vom Betrieb abhängig zu sein. Gleichzeitig muß er in der Lage sein, sich unter vertretbarem Aufwand in benachbarte Bereiche einzuarbeiten.

Um das hierarchische Gefälle schon innerhalb der Ausbildung abzubauen, wenden wir uns gegen eine Trennung in Kurz- und Langstudium und fordern einen einheitlichen Studiengang für alle Ingenieure. Dadurch kann vermieden werden, daß die Kapitalseite Diplomingenieure und graduierte Ingenieure gegeneinander ausspielen kann.

— Der ungeheure Leistungsdruck muß abgebaut werden. Er macht es den Ingenieurstudenten schwer, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen und für ihre Interessen einzusetzen.

Demgegenüber fordern wir:

— ein Praktikum als integraler Bestandteil der Ingenieurausbildung ist unbedingt erforderlich. Nur in der Praxis kann die Überprüfung der theoretischen Kenntnisse erfolgen. Für das Praktikum sind Richtlinien unter Beteiligung der Hochschulen und der Organisationen der werktätigen Bevölkerung auszuarbeiten, die den Betrieben und Instituten als Grundlage für die Ausbildung der Praktikanten zu dienen haben.

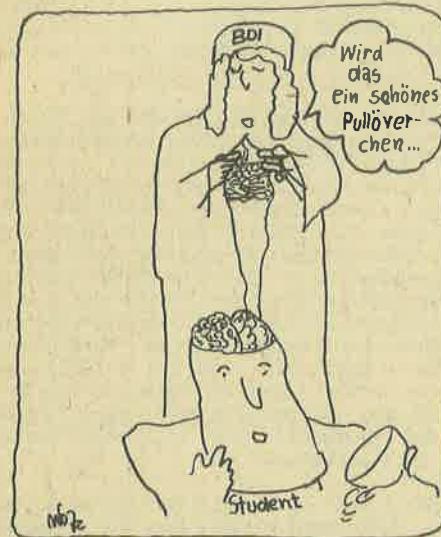
— die rasche wissenschaftlich-technische Entwicklung erfordert eine organisierte Weiterbildung nach Beendigung des Studiums. Deshalb müssen an den Hochschulen und Fachhochschulen Weiterbildungskurse eingerichtet werden.

— Kriegs- und Vernichtungsforschung muß aus den Instituten vertrieben werden, kein Student, kein Ingenieur darf sich an Projekten beteiligen, die sich gegen Frieden und Entspannung richten.

— die Sozialwissenschaften müssen im Studium des Ingenieurs verankert werden, damit er befähigt wird, den gesellschaftlichen Charakter seiner Arbeit sowie seine Stellung innerhalb der Gesellschaft zu erkennen. Infrastrukturmaßnahmen wie z. B. Umweltschutz sind zu sozialen Pflicht

Für eine demokratische Sozialarbeiter-Ausbildung

Ziel der Sozialarbeiter und -pädagogen (SA/SP)-Ausbildung muß es sein, die zukünftigen „SA/SP“ zu befähigen, die grundlegenden Ursachen für Verwahrlosung und Obdachlosigkeit, für Schulversagen und Kriminalität zu erkennen (Programm, Seite 50). Nicht irgend eine öffentliche Armut ist in der BRD Ursache für fehlende Kindertagesstätten und Vorschuleinrichtungen, für zu



hohe Klassenfrequenzen und fehlende Jugendfreizeitbetreuung ebenso wenig wie für mangelhafte Altenbetreuung und -pflege, sondern die Tatsache, daß im Kapitalismus nicht der Mensch und seine Bedürfnisse Maß aller Dinge ist,

rote blätter

Organ des Bundesvorstands
des MSB Spartakus

Extra-Ausgabe für die
Fachhochschulen

Verantwortlich: Heiner Blasenbrey

MSB Spartakus, 53 Bonn 1, Postfach

Druck: Plambeck & Co. GmbH, Neuss

sondern der Profit. Nicht die individuelle Unzulänglichkeit ist Ursache für Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, für Fürsorgeerziehung und Kriminalität in der BRD¹, sondern das kapitalistische System, das auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert und Ausbeutung und Unterdrückung produziert.

Nicht bloß die mangelhafte Sozialarbeit in Justizvollzugsanstalten und mit Drogenabhängigen ist Ursache für hohe Rückfallquoten, sondern die Tatsache, daß die Klienten in das gleiche kapitalistische System „entlassen“ werden, das sie „krank“ macht, die Tatsache, daß die SA/SP nur am Individuum arbeiten dürfen, um es dem System anzupassen, einem System, in dem es legal ist, daß sich der Mensch an seinen Mitmenschen bereichert und der eine zum potentiellen Feind des anderen wird; einem System, das die Solidarität der arbeitenden Menschen untereinander um jeden Preis verhindern muß.

Ziel der SA/SP-Ausbildung muß es daher auch sein, die SA/SP zu befähigen, sich mit ihren Klienten zu solidarisieren und diese zur Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen anzuleiten.

Das Studium der Gesetzmäßigkeiten in der kapitalistischen Gesellschaft und die Herausbildung einer Berufsperspektive muß daher Bestandteil der SA/SP-Ausbildung sein. Ebenso muß die Praxis der SA/SP fest im Studium verankert und laufend kritisch reflektiert werden. Hierzu ist es erforderlich, die Praxissemester und das Theoriestudium zu einer mindestens achtsemestrigen einphasigen Ausbildung zusammenzufassen. Eine Regelung der Praxissemester nach dem Gesetzentwurf von Rheinland-Pfalz z. B. muß aufs entschiedenste bekämpft und verhindert werden, da hierdurch die disziplinierende Funktion der Praxissemester und der staatlichen Anerkennung mit nie dagewesener Offenheit ausgebaut und verfestigt wird. Stattdessen müssen wir dafür kämpfen, daß die beiden Praxissemester wirklicher Bestandteil der Ausbildung werden anstatt zu einer Phase der Ausnutzung billiger Arbeitskraft und so in den Studiengang eingegliedert werden, daß die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen in mindestens einem folgenden Semester ausgewertet werden können und die in der Praxis deutlich gewordenen Ausbildungsmängel ausgeglichen werden können.

¹⁾ 600 000 Arbeitslose 1966/67; 500 000 Obdachlose; 50 000 erwachsene Kriminelle in Justizvollzugsanstalten; 100 000 Heimkinder; 50 000 Jugendliche in Fürsorge-Erziehungsheimen.

bürgerliche Ökonomie mit dem Marxismus auseinander.

Deshalb müssen marxistische Wissenschaftler die Möglichkeit haben, in Seminaren und Übungen mit der marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie die wahren Ursachen von Krisen, Arbeitslosigkeit und Ausbeutung aufzudecken und ihre Alternativen für eine Wirtschaftspolitik im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung darzustellen.

Deshalb fordern wir die Verankerung der marxistischen Politischen Ökonomie im Wiwi-Studium, die nur von Marxisten adäquat dargestellt werden kann. Deshalb fordern wir die Institutionalisierung der Auseinandersetzung zwischen marxistischen und bürgerlichen Wissenschaftsmethoden im wirtschaftswissenschaftlichen Studium. (Studentenaktionsprogramm)

Fachkenntnisse, das durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung schnell überholt ist, getrimmt. Deshalb ist es für einen Ingenieur mit großen Schwierigkeiten verbunden, neue Erkenntnisse und Entwicklungen in seinem Fachgebiet zu erarbeiten und anzuwenden. Schafft er diese Anforderungen nicht in angemessener Zeit, wird er durch andere ersetzt. So muß die Mehrheit der Ingenieure schon mit vierzig Jahren um Stellung und Arbeitsplatz bangen.

Deshalb müssen die Ingenieurstudenten für Studiengänge kämpfen, die sich an den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts orientieren:

— Notwendig dazu ist eine fundierte, theoretische und praktische Ausbildung in den jeweils wichtigen Grundwissenschaften Mathematik, Physik und Chemie. Dieses Wissen muß es dem Ingenieur ermöglichen, seinen

eines jeden Ingenieurs geworden. Deshalb fordern wir auch Geo- und Biowissenschaften als Bestandteil der Ausbildung. Kein Ingenieur darf Anlagen planen, deren Nebenfolgen die sozialen und ökologischen Verhältnisse in unserer Gesellschaft negativ beeinflussen. Es darf nicht so sein, daß es die Aufgabe von „Umwelt“-Spezialisten ist, die Schäden, die andere produzieren, zu reparieren.

— demokratische Ingenieure müssen sich dagegen wehren, durch Arbeitszeitmessung und Akkordfestsetzung das letzte aus den Arbeitern herauszuholen. Vielmehr sollten sie sich beteiligen an der Schaffung guter Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte, an der Verbesserung des Arbeitsschutzes, an einer Rationalisierung, die dem Arbeiter zugute kommt.

(Aus dem Studentenaktionsprogramm)



- Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB
- Ich möchte zu einer Spartakus-Mitgliederversammlung am Ort eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied im MSB Spartakus werden
- Ich bitte um ein Probeexemplar der roten blätter
- Ich abonniere die roten blätter (Preis je Exemplar 1,— DM)
- Ich abonniere facit (Preis je Exemplar 2,50 DM)
- Ich bestelle Exemplare des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“ (Preis: mind. 50 Pfennig)

Name _____

Vorname _____

Hoch- bzw. FH-Schule _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und einsenden an MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Postfach

Gemeinsame Kampffront

Fortsetzung von Seite 1

Um dies zu erreichen, muß das beziehungslose Nebeneinanderstehen von Fachhochschulen, PHs und Unis überwunden werden. Interdisziplinäres wissenschaftliches Arbeiten wider die Fachborniertheit setzt eine Integration aller Fachbereiche, die uneingeschränkte Durchlässigkeit der einzelnen Fachbereiche, eine integrierte, demokratische Gesamthochschule und eine demokratische Reform der Prüfungen voraus, da Inhalt und Ablauf des Studiums in hohem Maße von den Prüfungsregelungen bestimmt werden. Von zentraler Bedeutung im Kampf um eine demo-

kratische Gesamthochschule ist die Brechung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klasse. Der zweite Bildungsweg muß ausgebaut werden, das Hochschulstudium darf nicht länger das Privileg der Kinder wohlhabender Eltern sein.

Die bisher errichteten Gesamthochschulen entsprechen diesen Anforderungen kaum in Ansätzen. Im Gegenteil: Hinter den Gesamthochschulerrichtungsgesetzen verbirgt sich der Plan, die verschiedenen Studienbereiche nur organisatorisch und verwaltungstechnisch zu vereinen, während die Diffe-

renzierung der Studiengänge und ihre Undurchlässigkeit beibehalten werden. Die Vorstellungen der Herrschenden über die Gesamthochschulen reihen sich ein in das umfassende Hochschulformierungskonzept, mit dem nicht eine Studienreform im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts, sondern die weitere Unterordnung von Wissenschaft und Bildung unter die Profitinteressen der Monopole angestrebt wird. Die Wissenschaft und Ausbildung im Dienste der werktätigen Bevölkerung kann nur gegen den erbitterten Widerstand des Monopolkapitals und seinen Staat erkämpft werden.

— Die miserablen Studienbedingungen an den FHS, Raumnot, mangelnde Lehr- und Lernmittel, verschulter Lehrbetrieb, verschärzte Prüfungsordnungen und der inzwischen auch an den FHS gängige NC, können behoben werden, wenn entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Unter mit der Rüstung, mehr Geld für die Bildung.

— Der weitere Abbau demokratischer Rechte, die Aushöhlung der verfaßten Studentenschaft kann nur durch den entschiedenen Kampf aller Studenten für die Stärkung der verfaßten Studentenschaft, für die Verteidigung und den Ausbau von errungenen Mitbestimmungspositionen verhindert werden.

— Die Intensivierung der politischen und materiellen Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes ist eine Hauptaufgabe für die demokratische Studentenbewegung, sich im eigenen Land jenen Kräften entgegenzustellen, die den faschistischen Putsch beklopfen, weil sie von der

Der MSB Spartakus wird alles daran setzen, um die Einheit der Studentenbewegung in der BRD, das Bündnis mit der real existierenden Arbeiterbewegung und die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen zu vertiefen.

Die Praxis hat bestätigt, die Studentenbewegung braucht eine Organisation, die nicht dem Großkapital, sondern allein den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtet ist, die in der Lage ist, die Studenten auf den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zu orientieren und diesen Kampf auf gesamtnationaler Ebene zu organisieren. Diese Organisation ist der MSB Spartakus, eine Organisation, die den Kampf für die Tagesinteressen der Studenten mit dem sozialistischen Ziel verbindet. Je stärker der MSB Spartakus, um so schwerer für die Reaktion an den Hochschulen, die demokratischen Rechte der Studenten abzubauen. Die Stärke des MSB Spartakus ist kein Abstraktum. Spartakus, das sind Studenten, die studieren und politisch arbeiten, andere Studen-

Für die eigenen Interessen kämpfen Mit der Arbeiterklasse verbünden

Die Interessen der Masse der Studenten und der arbeitenden Bevölkerung sind im wesentlichen keine unterschiedlichen. Die arbeitende Bevölkerung hat ebenso wie die Studenten ein Interesse an einer qualifizierten Ausbildung für Lehrer, Ärzte, Ingenieure etc. Die Masse

gung in den unterentwickelt gehaltenen Ländern von großer Bedeutung für die Studentenbewegung in unserem Land. Wenn die USA auf Grund des weltweiten Protestes die barbarische Bombardierung Vietnams einstellen und das Pariser Vietnamabkommen unterzeichnen müßten, so ist das nicht zuletzt auch auf die materielle und politische Unterstützung durch die Studenten in der BRD zurückzuführen. Jeder Schritt, der dazu geeignet ist, den Handlungsspielraum des Monopolkapitals mit seiner sowohl nach innen als auch nach außen aggressiven ausbeuterischen Politik einzuschränken, stärkt auch unsere Kampfpositionen. Es waren und sind bundesrepublikanische Konzerne, und alle bisherigen Bundesregierungen, die sich vorbehaltlos hinter den US-Imperialismus stellen oder sich gar an der Ausbeutung der Dritten Welt selbst beteiligen. Es sind das bundesrepublikanische Monopolkapital und seine Parteien, allen voran die CDU/CSU, die unverhohlen dem blutigen Terror ihrer chilenischen Bundesbrüder Beifall zollen. Gerade Chile verdeutlicht, daß das Monopolkapital seine eigenen Gesetze mit Füßen tritt und letztlich kein Verbrechen existiert, das es nicht riskieren würde, wenn seine Profite gefährdet sind.

Der internationalen Barbarei des Großkapitals setzen wir die internationale Solidarität aller entgegen, die den Kampf gegen Ausbeutung, Hunger, Analphabetismus, Unterdrückung und

Krieg aufgenommen haben. Aktuelle Aufgaben der demokratischen Studentenbewegung in den nächsten Semestern.

Um die Erfolge, die von der Studentenbewegung schon errungen wurden, abzusichern und auszubauen, um neue Bewegungen für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, braucht die Studentenbewegung eine Strategie, die aufbaut auf den bisherigen Erfahrungen und die nächsten Schritte angibt. Mit dem „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten“ hat der Spartakus eine solche Strategie vorgelegt.

Im folgenden seien die Hauptaufgaben formuliert, die im kommenden Semester vor der demokratischen Studentenbewegung liegen.

— Wie die Masse der arbeitenden Bevölkerung sind die Studenten von der Inflation betroffen. Die ohnehin viel zu niedrigen Bafoßsätze sind bis 1975 eingefroren. Die zur Verfügung stehenden Wohnheimplätze an den FHS liegen noch unter dem Bundesdurchschnitt, nachdem nur auf 10 Prozent aller Studenten ein Wohnheimplatz fällt. Ein Großteil der Studenten ist dem Mietwucher auf dem freien Wohnungsmarkt ausgesetzt. Durch den komprimierten Studienbetrieb an den FHS ist es kaum möglich, eine Nebenbeschäftigung aufzunehmen.



Interview mit Betriebsrat

der Studenten wird im späteren Beruf lohnabhängig arbeiten und hat von dort her ebenso ein Interesse an demokratischen Verhältnissen im Betrieb. Die Durchsetzung einer wirklichen Mitbestimmung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten der Gesellschaft: Vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unter-

der staatlichen, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil, in dem die Mitbestimmung an den Hochschulen als „verfassungswidrig“ erklärt wurde, verdeutlicht, daß Mitbestimmung isoliert in einem gesellschaftlichen Bereich nicht zu verwirklichen ist. Mitbestimmungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen können nur erkämpft werden, wenn es gelingt, die Masse der Betroffenen für ihre Forderungen in Bewegung und die Herrschenden unter Druck zu setzen. Das demagogische Gerede, Mitbestimmung sei an der Hochschule durch die Beteiligung der Studenten in den Gremien bereits realisiert, hat nur die Funktion davon abzulenken, daß die studentischen Vertreter völlig unterrepräsentiert sind. Daraus den Schluß zu ziehen, die Gremien müßten boykottiert werden, hieße allerdings, kapitulieren vor der vermeintlichen Allmacht des bürgerlichen Staates und seinen Vollstreckern an den Hochschulen.

Studentenvertreter: Nutzt die Gremien als Tribüne für die Forderungen der Studenten, zur Unterstützung des demokratischen Massenkampfes! Versucht dabei, Bündnisse zu schließen mit progressiven Professoren, Assistenten, mit den Vertretern der Arbeiter und Angestellten! Wirkliche Gegenmachtpositionen werden aus erkämpften Mitbestimmungsrechten dann, wenn es gelingt, die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen zu verbinden mit einer demokratischen Kontrolle des gesamten Bildungswesens durch die Arbeiterklasse und ihren Organisationen.

In den Aktionen für die Ratifizierung der Ostverträge, als Studenten und Arbeiter gemeinsam gegen die Scharfmacher, Entspannungs- und Mitbestimmungsfeinde vom Schlag Barzel und Strauß auf die Straße gingen, hat sich gezeigt, was die gemeinsame Aktion von Studenten und Arbeitern gegen die Macht der Monopole und ihren Staat vermag. Der Kampf um Sicherung des Friedens und für friedliche Koexistenz ist Bestandteil des gemeinsamen Kampfes gegen die „Rollback“-Strategen, die zur Rechtfertigung der Kriegsproduktion in der sie ihre Pfründe wissen, die sozialistischen Länder als kriegslüstern und aggressiv hinzustellen. Entspannung und Abrüstung verbessern die Bedingungen für die Durchsetzung unserer Forderungen „Bildung statt Bomben“. Reihen wir uns deshalb ein in die Bewegung der Völker Europas für einen gesicherten Frieden und umfassende Abrüstung.

Ebenso wie der Kampf um Abrüstung und Entspannung ist die internationale Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf und den Befreiungsbewe-

Die Kraft der Studenten allein reicht nicht aus

Anläßlich des späterischen Auftretens linksseitiger Gruppen auf den Mitgliederversammlungen des SVI (Dachverband der Fachhochschulstudenten) Anfang dieses Jahres nahm Kollege Laimer, Betriebsratsvorsitzender bei Honeywell Bull in Köln, in einem Brief an den Istra der FH-Köln-Deutz Stellung zu einigen grundsätzlichen Fragen der demokratischen Studentenbewegung. Hier ein Interview mit ihm:

Kollege Laimer, du hast als Betriebsratsvorsitzender von Honeywell Bull einen Brief an den Istra der Fachhochschule in Deutz geschrieben. In diesem Brief gehst du auf die geplätzte SVI-MV ein. Was hat dich dazu veranlaßt, diesen Brief zu schreiben?

Jahrelang war das Verhältnis zwischen Studenten und Arbeitern distanziert und verkrampt. Ich versuche seit langem meinen Teil dazu beizutragen, dieses Verhältnis zu entkrampen. Soll das Kräfteverhältnis zugunsten einer Demokratisierung des Bildungswesens wie aller gesellschaftlichen Bereiche verändert werden, ist dies eine notwendige politische Voraussetzung.

Alle Entwicklungen an den Hochschulen haben eine Auswirkung auf dieses Verhältnis. Aus Zeitungsmeldungen und Diskussionen mit Studenten der Fachhochschule Köln ist zu entnehmen, daß die Mehrheit im SVI dies nicht berücksichtigt. Die dort vertretene Politik läuft nach meiner Auffassung auf eine Schwächung der Studentenschaft hinaus.

Dies verdeutlicht sich u. a. darin, daß eine Koppelung des Stimmrechtes auf der SVI-Tagung an die Beiträge vorgenommen werden sollte. Dies bedeutet eindeutig eine Benachteiligung jener Fachhochschulen, die durch die Angriffe der Ministerialbürokratien auf die verfaßte Studentenschaft am schwersten betroffen sind.

Du schreibst in deinem Brief, daß unser studentischer Kampf mit einer Niederlage enden wird, wenn wir Studenten nicht gemeinsam mit den Arbeitern den Kampf um die Demokratisierung des Bildungswesens führen. Kannst du etwas näher auf das Verhältnis zwischen dem studentischen Kampf und dem Kampf der Arbeiterklasse eingehen?

Traditionsgemäß war das Bewußtsein der Studenten geprägt von der Erwartung der Führungspositionen in den Betrieben und in der Gesellschaft. Die daraus resultierende Haltung ist einer der Gründe für das starke Mißtrauen großer Teile der Arbeiter gegen die Studenten. Der Anteil der Arbeiterkinder an den Studenten zeigt den Klassencharakter des bürgerlichen Bildungssystems.

Die Zukunftserwartungen der Studenten haben sich jedoch objektiv radikal verändert. Der größte Teil von ihnen wird nach Vollendung seines Studiums seine Arbeitskraft ebenso verkaufen müssen, wie der Arbeiter auch.

Numerus clausus, Berufsverbote und reaktionäre Bildungsinhalte kennzeichnen den Einfluß der Monopolinteressen auf die Bildung.

Technokratische Bildungs„reformen“ gepaart mit dem Versuch der Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft sollen den Studenten möglichst schnell mit einem beschränkten Fachwissen den Verwertungsinteressen des Kapitals nutzbar machen und den Widerstand

erneut ausplündern der chilenischen Bodenschätze und der Ausbeutung des chilenischen Volkes profitieren, das ist der beste Beitrag, den wir leisten können. Die Haltung des Monopolkapitals und der Reaktion in der BRD zum Terror in Chile läßt nur zu deutlich erkennen, daß diese Kräfte auch in unserem Land zu gegebener Zeit bereit sind, über die Berufsverbote hinaus ihre eigenen Gesetze für null und nichtig zu erklären und demokratische Massenbewegungen niederzuschließen, sobald ihre Profite in Gefahr sind.

ten für die Politik des Spartakus gewinnen. Wir brauchen die allgemeine Stärkung unseres Verbandes, d. h. wir brauchen dich, Genosse! Keiner wird als Marxist geboren, wir meinen, sich mit dem Marxismus vertraut zu machen, geht im Spartakus einfacher als neben ihm. Jeder Student, der sich mit dem Marxismus vertraut machen will, mit Gleichgesinnten, die auch im Studium und im persönlichen Leben Solidarität praktizieren, organisiert kämpfen will, gehört in den Spartakus. Drum Kommilitone, tu was für dich: Werde Mitglied!

u. a. auch vom MSB Spartakus vertreten wird, durch. Wie beurteilst Du als aktiver Gewerkschafter diese Entwicklung?

Die Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“ hat sich beim VDS durchgesetzt. Diese Politik hat den Verband vor dem Ruin durch die Angriffe der Reaktion und durch das sektiererhafte Verhalten des ehemaligen SDS gerettet. Die Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“ ist meiner Auffassung nach das wirksamste Mittel zur Interessenvertretung der Studentenschaft. Sie öffnet die Möglichkeit der Kooperation der Studentenvertretungen und der Organisationen der Arbeiter. Die Teilnahme eines DGB-Vertreters am VDS-Kongreß mag hierfür als Indiz gelten. Leider hat sich eine solche Politik innerhalb des SVI noch nicht durchsetzen können. Ich hoffe allerdings, daß dies in Zukunft der Fall sein wird, da meiner Auffassung nach der SVI nicht unbedingt die Fehler der Vergangenheit wiederholen muß.

Eine Frage zum Auftreten ultralinken Gruppierungen, die in letzter Zeit vor allem durch gewerkschaftsfeindliche und anarchistische Aktionsformen von sich reden gemacht haben. Wie schätzen du und deine Arbeits- und Gewerkschaftskollegen diese spektakulären Aktionen ein?

Aktionen, wie die „Rathausbesetzung in Bonn“, werden von den Arbeitern abgelehnt. Sie dienen objektiv nur der Reaktion. Sie lenken von den tatsächlichen politischen Hintergründen, wie die Unterstützung der Thieu-Clique in Südvietnam durch die Bundesregierung ab. Sie sind lediglich dazu angetan, die Vorurteile der Bevölkerung gegen alle Linken zu mobilisieren. Solche sektiererhaften Aktionen schwächen somit objektiv die Position der Studenten und der Arbeiterklasse.



Jürgen Laimer